

China als größte Herausforderung

Ein Präsident Biden wäre vor allem mit der Pandemie und der Wirtschaftskrise in Amerika befasst. Was würde sich in der internationalen Politik ändern? Von Majid Sattar, Washington

Vor vier Jahren waren die Dossiers darüber, wie sich eine Präsidentin Hillary Clinton außenpolitisch von Barack Obama unterscheiden würde, längst geschrieben. In den Außenministerien in Europas Hauptstädten, aber auch in Denkfabriken und Redaktionen rechnete man etwa damit, dass das ohnehin frostige amerikanisch-russische Verhältnis eine neue Eiszeit erleben würde. Donald Trump hatten die wenigsten auf der Rechnung.

Das Trauma von 2016 wirkt nach: Vier Jahre später wird der Umfragevorsprung Joe Bidens mit der gebotenen Vorsicht betrachtet. Die Demokopen sahen seinerzeit bekanntlich auch Clinton vorn. Dennoch muss sich die transatlantische Gemeinde mit der Frage befassen, inwieweit eine mögliche Biden-Präsidentschaft den Schaden einer Außenpolitik, die Trump

en doch „Nonsens“. Biden habe nie gesagt, die Vereinigten Staaten müssten wegen China nicht besorgt sein, wie Trump behauptete. Er habe vielmehr geäußert, wenn Amerika seine Kreativität, Innovation und Produktivität entfessele, dann müsse es sich wegen China keine Sorgen machen. Haltzel, der hervorhebt, dass er nicht für die Biden-Kampagne spricht, sondern lediglich als alter Weggefährte, glaubt, Biden würde im Falle seiner Wahl zunächst einmal die alten Allianzen wiederbeleben und gemeinsam als Westen China gegenüberreten. „Unsere Stärke ist: Wir haben Verbündete. China hat keine“, sagt er. Trump, der Außenpolitik stets bilateral und geschäftlich zu betreiben versuche, habe das nie verstanden.

In Washington herrscht bei Republikanern und Demokraten Konsens darüber, dass China die größte strategische Herausforderung für Amerika darstellt. Diese Prämisse wurde von Trump nur überfrachtet mit einem erratischen Hin und Her in der Handelspolitik und zuletzt dem Versuch, Peking in der Corona-Krise für alles verantwortlich zu machen – auch für die Dinge, die der Präsident selbst vermasselt hat. Tony Blinken glaubt ebenfalls, dass Biden das Vakuum, das Trumps Führungsverweigerung geschaffen habe, füllen werde, indem Washington zunächst selbst eine Kurskorrektur vornimmt.

Blinken, der unter Barack Obama stellvertretender Außenminister und stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater war, ist derzeit Bidens außenpolitischer Berater. Beide kennen sich seit vielen Jahren: In Obamas erster Amtszeit war der 58 Jahre alte New Yorker Sicherheitsberater des Vizepräsidenten. Es verwundert nicht, dass er als möglicher Außenminister oder Sicherheitsberater eines Präsidenten Biden gilt. Blinken sagte dieser Tage dem Sender CNN, wenn Amerika seine eigenen Probleme löse, seine Demokratie erneuere und wieder mit seinen Partnern zusammenarbeite, dann könne Washington Peking aus einer Position der Stärke heraus gegenüberreten. Wie sehe denn Trumps Bilanz gegenüber China aus? Er habe das amerikanische Bündnisnetzwerk geschwächt, ein Führungsvakuum geschaffen, Werte missachtet und China sowohl in Hongkong als auch gegenüber den Uiguren faktisch freie Hand gelassen.

Wenn Washington seine Rolle als globale Ordnungsmacht wieder annähme, hätte dies auch Folgen für die amerikanisch-russischen Beziehungen, die in den vergangenen vier Jahren auf Eis lagen, obwohl nicht der Russland-Falke Clinton ins Weiße Haus einzog. Biden dürfte versuchen, den Gesprächsfaden wieder aufzunehmen. Trumps Befähigung gegenüber Russland führte dazu, dass der Präsident den großen „Deal“, den er mit Wladimir Putin machen wollte, nie auch nur verhandeln konnte. Stattdessen gaben russlandpolitische Hardliner wie Außenminister Mike Pompeo den Ton an. So überraschte es nicht, dass Sicherheitsberater Robert O'Brien, ein Vertrauter Pompeos,



Gute Beziehungen? Biden mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Peking im Dezember 2013

Foto Reuters

jüngst die Offerte Putins zurückwies, das Rüstungskontrollabkommen „New Start“, das im Februar ausläuft, zumindest für ein Jahr zu verlängern. Haltzel sagt, er könne sich vorstellen, dass Biden auf Putins Angebot eingehen würde. Es wäre eine vertrauensbildende Maßnahme, ein Versuch, eine weitere Eskalation zu verhindern – in einer Zeit, in der es in der Welt keinen Mangel an Großkrisen gibt.

Eine Region, in der Biden zumindest in Teilen auf Kontinuität setzen würde, ist der Mittlere Osten: Der Demokrat hat schon deutlich gemacht, dass er die Verlegung der amerikanischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem nicht rückgängig machen würde. Auch hat er Trump kürzlich für das Zustandekommen des Friedensabkommens Israels mit den Vereinigten Arabischen Emiraten gelobt, wengleich er sich einen ironischen Unterton nicht verkneifen konnte. „Versehentlich“ habe der Präsident etwas Gutes hineingebracht. Positiv sei auch, dass man Benjamin Netanjahu abgerungen habe, seine Annexionspläne für Teile des Westjordanlandes zurück in die Schublade zu legen.

Grundsätzlich würde eine Biden-Regierung aber wieder einen ausgewogeneren Ansatz wählen und die Interessen der Palästinenser stärker berücksichtigen. Fakten geschaffen hat Trump zudem durch den Ausstieg aus dem Atomabkommen mit Iran. Ein einfaches Zurück zum alten

Vertrag wäre schwer, sagt Haltzel, zumal Teheran sich nicht mehr daran halte. Biden würde bei einem neuen Abkommen darauf achten, dass die nichtatomaren, ebenfalls gefährlichen Aktivitäten Irans, die die Unterstützung von Terroristen, stärkere Berücksichtigung fänden.

Dass man in Europa, vor allem in Berlin und Paris (in London eher nicht), aufatmen dürfte, wenn Biden am 20. Januar ins Weiße Haus einzieht, versteht sich. Westlichen Diplomaten ist aber klar, dass dann nicht alles wieder so sein kann wie früher – zumal Trump zumindest in Teilen nur Konflikte offenlegte, die längst bestanden. Ändern würde sich im Wesentlichen der Ansatz: Washington würde wieder multilateral denken und handeln. Ausdrück finden würde dies zuerst darin, dass Amerika wieder dem Pariser Klimaabkommen beiträte. Nicht zu unterschätzen ist allerdings, dass Biden im Falle einer Abwahl Trumps die veränderte innenpolitische Debatte beachten muss: „America first“ ohne den schroffen Tonfall Trumps lehnt auch mancher Demokrat nicht ab. Die Konsequenz wäre, dass Biden neuerlichen Anläufen für transatlantische und -pazifische Freihandelsabkommen keine Priorität geben dürfte. Auch sollte niemand in Berlin glauben, ein Präsident Biden könnte es sich innenpolitisch leisten, beim Thema Nato-Lastenausgleich allzu großzügig zu sein.

Mit Biden zöge ein Präsident ins Weiße Haus, der zwar über ein dezidiert außenpolitisches Profil verfügt, den gleichwohl die Lage zwingen würde, sich zunächst um Amerika zu kümmern. Über die Jahre Bidens als Senator im Auswärtigen Ausschuss gibt es in Washington im Übrigen unterschiedliche Sichtweisen. Vom früheren Verteidigungsminister Robert Gates, dem Republikaner im Kabinett Obama, stammt der Satz: Biden habe „über vier Jahrzehnte in allen wesentlichen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik danebengelegt“.

Tatsächlich muss sich der frühere Vizepräsident im Wahlkampf bisweilen dafür rechtfertigen, warum er 1990 gegen den (völkerrechtlich unumstrittenen) ersten Golfkrieg war, 2003 aber für den zweiten Waffengang gegen das Regime von Saddam Hussein. Ausgegraben werden auch alte Geschichten über seine Haltung zur Geheimoperation gegen Osama bin Ladin, die zumindest zögerlich, wenn nicht sogar ablehnend war. Biden redet lieber über seine Rolle während der Balkankriege, bei denen er rückblickend auf der richtigen Seite der Geschichte steht. Freilich wäre es für die Verbündeten in Europa ein Stück weit zurückgewonnene Normalität, wenn man mit Washington wieder über die Sinnhaftigkeit außenpolitischer Aktionen diskutieren könnte, anstatt über Twitter von ihnen zu erfahren.

DIE VEREINIGTEN STAATEN WÄHLEN

zuletzt als „Führung durch Stärke“ bezeichnete, beheben kann. Versuche westlicher Diplomaten, mit Bidens Leuten in Kontakt zu treten, gestalten sich als schwierig. Als Konsequenz aus der Russland-Affäre fürchten Demokraten, die offiziell zum Wahlkampfteam und zum Beraterstab des Kandidaten zählen, eine Verletzung durch die Republikaner. Und da diese bekanntlich kaum noch zwischen Verbündeten und Nichtverbündeten unterscheiden, trifft dies auch westliche Diplomaten. So verschwimmen in der Trump-Ära die Grenzen zwischen normaler Kontaktpflege und Auswärtigen.

Trump's Russland-Affäre war in Wahrheit ein unübersichtlicher Komplex, der von Geschäftsinteressen, aus denen mutmaßliche Abhängigkeiten folgten, bis hin zum – später widerlegten – Vorwurf reichte, Moskau sei im Besitz von kompromittierenden Informationen über den Präsidenten. Könnte China für Biden das werden, was Russland für Trump war? Könnte der vom Amtsinhaber erhobene Vorwurf, unter einem Präsidenten Biden werde China Amerika „besitzen“, es dem Demokraten unmöglich machen, auf Peking zuzugehen? Aus Sicht Trumps ist Biden nicht nur mit dafür verantwortlich, dass Peking Washington über Jahre handelspolitisch übervorteilt habe. Immer wieder wird auch insinuiert, der Demokrat könnte aufgrund der Geschäftstätigkeit seines Sohnes Hunter in China erpressbar sein. Der Wahlkampf hat angesichts der Pandemie und der Wirtschaftskrise einen innenpolitischen Fokus. Geht es einmal um Außenpolitik, kommt es schnell zum Wettbewerb darüber, wer von den beiden China gegenüber stärker auftritt.

Michael Haltzel glaubt nicht, dass einem Präsidenten Biden Peking gegenüber die Hände gebunden wären. Der frühere außenpolitische Berater des Demokraten in dessen Zeit als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Senat sagt im Gespräch mit der F.A.Z., die Vorwürfe sei-

Von Hongkong lernen

Trotz des Ausnahmezustands protestiert die Jugend in Thailand weiter / Von Till Fähnders, Singapur

Ungeachtet eines Versammlungsverbots protestieren in Bangkok und anderen thailändischen Städten seit Tagen wieder Tausende überwiegend junge Menschen für Demokratie und Reformen. Sie trotzen dem verschärften Ausnahmezustand, den die Regierung in der vergangenen Woche verhängt hatte und der Versammlungen von mehr als vier Personen untersagt. Die Protestbewegung lässt sich auch nicht dadurch einschüchtern, dass viele ihrer führenden Köpfe mittlerweile in Haft sitzen. „Wir sind heute alle Anführer“, heißt es immer wieder aus ihren Reihen. Damit nehmen sich die thailändischen Schüler und Studenten auch ein Vorbild an der aufständischen Jugend in Hongkong, dem jüngeren Paradebeispiel einer modernen, führungslosen und spontan über das Internet organisierten Protestbewegung. „Wir müssen wie Hongkong sein: ‚Be like water!‘“, sagte der Aktivist Netiwit Chotiphathphaisal der F.A.Z.

Dieser Ausspruch, „Sei wie Wasser“, der auf den früheren Kung-Fu-Filmstar Bruce Lee zurückgeht und den sich schon die Protestbewegung in Hongkong zum Motto erkoren hatte, wird nun auch von den thailändischen Demonstranten verwendet. Daran angelehnt organisierten sie an verschiedenen Orten der Hauptstadt auch am Montag, zum sechsten Mal in Folge, ihre Kundgebungen. Bis kurz zuvor waren die Protestorte geheim

gehalten worden, um eine Sperrung der Straßen zu verhindern. Schon länger üben die Anhänger der Demokratiebewegungen aus Hongkong, Thailand und einigen anderen asiatischen Ländern auch den Schulterchluss im Internet. Bekannte Hongkonger Bürgerrechtler haben der Demokratiebewegung ihre Unterstützung ausgesprochen. Der Aktivist Joshua Wong stellte sich am Montag vor das thailändische Generalkonsulat in Hongkong und zeigte den „Drei-Finger-Gruß“, das Erkennungszeichen der Protestbewegung.

Auch die Bilder von den Demonstrationen selbst erinnern nun bisweilen an Hongkong im vergangenen Jahr. Vor allem am Freitag, als die Polizei in Bangkok erstmals mit Wasserwerfern gegen die Proteste vorgegangen war: Junge Demonstranten stellten sich mit Regenschirmen bewaffnet gegen die Wasserkanonen, die auf sie niederschossen. Immer mehr Schirme segelten aufgespannt von den Fußgängerüberwegen hinab, um dort von der Menge zu deren Schutz aufgefangen zu werden. Fahrradhelme gegen die Polizeiknüppel, Schutzbrillen und Schutzmasken gegen Tränengas wurden über die Köpfe der Menge von Hand zu Hand an ihre Spitze transportiert, wo sich die Frontreihe der Demonstranten den Polizeistaffeln in Schutzmontur entgegenstellte. Bei Einbruch der Dunkelheit erzeugten die

Demonstranten mit ihren Handybildschirmen ein digitales Lichtermeer.

All dies war schon in der chinesischen Sonderverwaltungszone geprobt worden. Die thailändischen Behörden versuchen wiederum auf ihre Weise, die Demonstrationen unter Kontrolle zu bringen. Dazu gehört die Festnahme von Dutzenden Aktivisten in den vergangenen Tagen. Am Montag wurde zudem eine Anordnung der Behörden bekannt, wonach

die Berichterstattung mehrerer bekannter Online-Nachrichtenportale über die Proteste zensiert werden soll. Ihnen wird vorgeworfen, „verzerrte Informationen“ zu verbreiten und damit Unruhe zu stiften. Außerdem wird die Sperrung der Messaging-App Telegram erwogen, die wie schon in Hongkong nun auch in Thailand zur Organisation der Kundgebungen genutzt wird. In den vergangenen Tagen hatten die Behörden außerdem



Für Demokratie: Junge Thailänder protestieren in Bangkok.

Foto EPA

Wichtiges in Kürze

Ministerin in Hessen infiziert

Hessens Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Angela Dorn (Grüne), hat sich mit dem Coronavirus infiziert. Das gab Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) am Montag bekannt. Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir und Sozialminister Kai Klöse (beide Grüne), die mit Dorn Kontakt hatten, begaben sich in häusliche Quarantäne. Alle drei führten laut Bouffier ihre Amtsgeschäfte von zu Hause fort. „Das zeigt: Es kann jeden treffen“, sagte Bouffier. Die Pandemie bezeichnete er als „die größte Heimsuchung der letzten 100 Jahre“ mit Ausnahme der beiden Weltkriege. Dies sehe die Kanzlerin ebenfalls so, sagte Bouffier. Er gehe davon aus, „dass die Zahlen in Hessen weiter steigen werden“, so Hessens Ministerpräsident. Ein „deutlicher Anstieg“ sei auch bei den Corona-Patienten in den Kliniken zu beobachten. Zugleich äußerte Bouffier: „Die Lage ist ernst, aber ich glaube, dass wir sie beherrschen können.“ jib.

Berliner Polizeistudenten wegen Chats suspendiert

Nach dem Bekanntwerden rassistischer Chats sind sechs Berliner Polizeistudenten suspendiert worden. Laut Staatsanwaltschaft richteten sich einzelne Mitteilungen, bei denen Hakenkreuze verwendet worden sein sollen, in rassistischer und verächtlichmachender Art auch gegen Asylsuchende. Mit anderen Nachrichten sei der Völkermord an den Juden verharmlost worden. Eine Polizeidienstkraft hatte den Fall angezeigt. Das Amtsgericht Traunstein verurteilte unterdessen am Montag einen Polizeibeamten wegen Strafreitelung im Amt und der Verwendung von NS-Symbolen zu elf Monaten Haft auf Bewährung. Das Gericht sah es nach Angaben einer Sprecherin als erwiesen an, dass der Mann kein Ermittlungsverfahren gegen einen anderen Beamten eingeleitet hatte, obwohl dieser der Urheber eines rassistischen Chats war. Der 53 Jahre alte Kripobeamte, der in der Abteilung Staatsschutz arbeitete, hatte außerdem 2015 in seinem Amtszimmer eine Collage aufgehängt, auf der Hakenkreuze, eine SS-Rune und Hitlerbilder zu sehen waren. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Bewährungsstrafe von einem Jahr und acht Monaten verlangt. dpa

Ulrich Burchardt in Konstanz gewählt

In Konstanz ist der 49 Jahre alte CDU-Politiker Ulrich Burchardt abermals für acht Jahre zum Oberbürgermeister gewählt worden. Burchardt bekam 49,5 Prozent der abgegebenen Stimmen, sein Herausforderer Luigi Pantisano erreichte 45,1 Prozent. Der 41 Jahre alte Pantisano ist Mitglied der Linkspartei und war von einem breiten linken Bündnis, zu dem auch die Grünen gehörten, unterstützt worden. Bei der ersten Abstimmung vor drei Wochen lag Pantisano vorn. Wahrscheinlich verlor er nun, weil die Eliten der Stadt vor dem abermaligen Wahlgang massiv für Burchardt geworben hatten. Große Teile der Jungwähler waren unzufrieden mit der Klimaschutz-, Verkehrs- und Sozialpolitik Burchards, der für schwarz-grüne Inhalte steht. Die Wahlbeteiligung war mit 61,4 Prozent hoch, die meisten Wähler gaben ihre Stimme angesichts der Pandemie per Brief ab. rso.

Kopenhagens Bürgermeister zurückgetreten

Kopenhagens Bürgermeister Frank Jensen ist wegen Vorwürfen des sexuellen Fehlverhaltens zurückgetreten. Er habe sich zu dem Schritt entschlossen, da die Debatte seine künftige politische Arbeit überschatten werde, äußerte er am Montag. Gleichzeitig legte er auch sein Amt als Vizevorsitzender der dänischen Sozialdemokraten nieder. Jensen hatte in den vergangenen Tagen sein Fehlverhalten eingestanden und sich dafür entschuldigt, nachdem ihm zwei Frauen vorgeworfen hatten, sie in den Jahren 2012 und 2017 unsittlich berührt zu haben. Ursprünglich wollte er aber im Amt bleiben. Nach Berichten über weitere Belästigungen änderte er jedoch seine Meinung. AFP

Griechenland baut längere Mauer an Grenze zu Türkei

Die griechische Regierung hat nach eigenen Angaben ihre Planungen für eine Mauer an der Grenze zur Türkei abgeschlossen. Die Mauer soll auf 26 Kilometern Länge an eine bereits bestehende Barriere von zehn Kilometern Länge angeschlossen werden, wie ein Regierungssprecher am Montag äußerte. Das Projekt am Grenzfluss Evros soll demnach 63 Millionen Euro kosten und bis Ende April fertiggestellt werden. Mit dem Ausbau der Grenzbefestigungen sollen Migranten an der Einreise nach Europa gehindert werden. AP